

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Tele: 8 68 648 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Oskar Lafontaine und
Dr. Herta Däubler-
Gmelin zur Regelung
des Schwanger-
schaftsabbruchs im
geeinnten Deutschland:
Hilfe statt Strafe!

Seite 1

Hans Kolo MdL zum
geplanten Stromvertrag
mit der DDR-Regie-
rung: Freibeuterei auf
dem Energiemarkt.

Seite 2

Helmut Wiaczorek MdB
zur Entwicklung der
Staatsverschuldung:
Schon 1990 mehr als
100 Milliarden DM.

Seite 3

45. Jahrgang / 160

22. August 1990

Hilfe statt Strafe!

Zur Regelung des Schwangerschaftsabbruches im geeinnten
Deutschland

Von Oskar Lafontaine
Kanzlerkandidat der SPD und

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende SPD-Partei und Fraktionsvorsitzende

Der Bundeskanzler hat gegenüber der FDP durchgesetzt, daß Frauen aus der Bundesrepublik Deutschland bestraft werden sollen, wenn sie in der DDR eine Schwangerschaft abbrechen lassen, während für Frauen der DDR die Fristenlösung weiterhin gilt.

Die SPD wird dem nicht zustimmen. Wir bleiben dabei, daß Frauen aus der Bundesrepublik nicht bestraft werden, wenn sie sich im Gebiet der DDR einem Schwangerschaftsabbruch unterziehen.

Wir verbürgen uns dafür: Die Absicht des Bundeskanzlers wird im zweiten Staatsvertrag nicht realisiert. Wir wollen eine neue gesamtdeutsche Regelung, die für Schwangere in Konfliktsituationen das Prinzip "Hilfe statt Strafe" durchsetzt. Eine solche Festlegung muß im Interesse der Frauen in der DDR wie auch der in der Bundesrepublik bereits im Einigungsvertrag getroffen werden.

(-/22. August 1990/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalier Örsen
mit kemalier Rahm
Kroschke-Peter



Freibeuterei auf dem Energiemarkt
Zum geplanten Stromvertrag mit der DDR-Regierung

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Für die Bayernwerke und ihre Mitbewerber RWE und Preussen-Elektra wird es der Coup des Jahrhunderts, die DDR-Regierung hat ein Problem weniger und den Schaden hat die Bundeskasse - wenn der offensichtlich kurz vor dem Abschluß stehende Stromvertrag zwischen den drei großen bundesdeutschen Energieversorgern und der DDR zum Tragen kommt. Ich habe deshalb Finanzminister Waigel in einem Brief aufgefordert, die Notbremse zu ziehen und die hohen Belastungen für den Bundeshaushalt, die sich aus den meiner Meinung nach skandalösen Vertragsbedingungen ergeben, rechtzeitig zu verhindern.

Trotz angeblich mehrfacher Änderungen des Vertragswerkes hat sich nichts Wesentliches verändert: die DDR-Regierung muß draufzahlen, wenn den Energieversorgern die erzielten Preise und damit die Gewinne nicht hoch genug erscheinen. Die Altlasten - von der Entsorgung und Beseitigung der Reaktoren bis hin zur Behebung der schweren Schäden aus dem Braunkohlebergbau - werden der DDR-Regierung aufgebürdet. "Selbstverständlich" können die Energieversorger auch die jetzigen Beschäftigten nach Belieben entlassen und dürfen sich auch noch den gesamten Grund und Boden der DDR-Energiewirtschaft unter den Nagel reißen. Im Klartext: Alle Gewinne für die Energieversorger, alle Risiken für die DDR-Regierung.

Außer die Bewältigung der "Altlasten" wird sicher einen zweistelligen, wenn nicht dreistelligen Milliardenbetrag erfordern, schätzen DDR-Umweltfachleute, wobei längst noch nicht alle Risiken erkannt sind. Der DDR-Regierung mit ihrer befristeten Existenz ist dies offenbar gleichgültig; ihre bisherige Verhandlungspraxis legt diesen Schluß nahe. Rechtsnachfolger ist aber die gesamtdeutsche Regierung. Damit wird die jetzige Bundeskasse erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Wenn Bundesfinanzminister Waigel sein Amt ernst nimmt, muß er diesen Vertrag stoppen.

In meinem Brief an Finanzminister Waigel habe ich geschrieben:

"Sehr geehrter Herr Dr. Waigel,

Ich weiß nicht, ob Ihnen der zwischen der DDR einerseits und den Bayernwerken, RWE und PREAG andererseits beabsichtigte Vertrag über die künftige Energieversorgung in der DDR bekannt ist. Ich konnte bisher nicht erkennen, daß sich Ihr Haus in der Öffentlichkeit zu diesem Vertragswerk geäußert hat, obwohl die Auswirkungen dieses Vertrages gerade für das Finanzministerium gravierend sein dürften.

Ihr DDR-Kollege Steinberg hat großzügigerweise Bestimmungen zugestimmt, wonach den genannten Energieversorgungsunternehmen nicht nur Einnahmen durch Ausgleichsleistungen zugesagt werden, falls auskömmliche Energiepreise nicht erreichbar sind, sondern auch, daß sie nicht mit den Risiken aus Altlasten belastet werden und von allen Haftungen für alle bestehenden Umweltlasten befreit werden.

Er konnte dies umso leichter tun, da er die finanziellen Konsequenzen dieses Vertrags wohl nicht zu verantworten hat. Es dürfte sich hierbei um zweistellige Milliardenbeträge handeln, die letztlich von der künftigen Bundesregierung beziehungsweise den SteuerzahlerInnen zu tragen sein werden. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, daß Sie als Finanzminister bereit sind, einen Vertrag hinzunehmen, der derartige Gefahren für die Gestaltung künftiger Bundeshaushalte beinhaltet. Ich möchte Sie dringend bitten, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um den Vertrag in der vorliegenden Form hinfällig zu machen. Es kann nicht hingenommen werden, daß die privaten Energieversorgungsunternehmen sich die Rosinen, das heißt die Macht und künftige Gewinnmöglichkeiten, sichern, alle Risiken und bereits heute absehbare Schäden und Verluste aber dem Staat aufbürden".

Ausdrücklich zu bedauern ist die unkritische Haltung des bayerischen Wirtschaftsministeriums, das wieder mehrheitlich von den Bayernwerken geführt zu sein scheint (obwohl eigentlich der Freistaat 60 Prozent an den Bayernwerken besitzt). Zwar bestätigt Wirtschaftsminister Lang die hohen Kosten aus den "Altlasten": "Wenn zusätzlich auch noch die genannten Altlasten dem Stromverbraucher angelastet werden, wird die DDR mit Sicherheit weltweit Höchststrompreisland." Der Bundes- beziehungsweise der gesamtdeutschen Haushaltskasse würde Minister Lang diese hohen Lasten aber gerne aufhalsen, ohne mit der Wimper zu zucken.

Schon 1990 mehr als 100 Milliarden DM Zur Entwicklung der Staatsverschuldung

**Von Helmut Wleczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages**

Nicht erst 1991, wie die Bundesregierung behauptet, sondern bereits 1990 wird die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, einschließlich DDR, Bahn und Post, die 100 Milliarden DM-Grenze deutlich überschreiten. 1991 droht sie nach den bisher offiziell genannten Zahlen sogar auf 135 Milliarden DM zu steigen (siehe Tabelle unten). Parallel dazu schnellen die Zinsausgaben 1991 auf über 80 Milliarden DM pro Jahr empor. Das zeigt: Die Regierung Kohl betreibt eine Vereinigungspolitik auf Pump. Sie engt die Gestaltungsspielräume künftiger Regierungen in unerträglicher Weise ein, sie treibt die Zinsen in die Höhe und läßt damit die, die kein Geld haben oder hohe Hypotheken bedienen müssen, für die Einheit zahlen, während die Besitzer hoher Kapitalvermögen von den höheren Zinsen profitieren.

Am 15. August 1990 hat der Bundesfinanzminister auf meine Parlamentarische Anfrage hin zugegeben, daß er nach bisheriger Planung 1990 eine Kreditaufnahme von 87,0 Milliarden DM, 1991 von 103,3 Milliarden DM erwartet. In diesen Beträgen waren weder die geplante Schuldenaufnahme von Bahn und Post berücksichtigt, die sich im Zuge der Vereinigung deutlich erhöht, noch die Finanzierung des angekündigten 3. Nachtragshaushalts für 1990. Selbst wenn man das vom Bundesfinanzminister unrealistisch niedrig angesetzte Volumen von 12 Milliarden DM zugrundelegt und über die Steuerschätzung vom Mai 1990 hinaus weitere Steuerzuwächse von drei beziehungsweise sechs Milliarden DM in Abzug bringt, steigt die Kreditaufnahme 1990 auf mindestens 106 Milliarden DM 1991 sogar auf 135 Milliarden DM.

Die Zinsausgaben werden sich parallel von 73 Milliarden DM 1990 über 83 Milliarden DM 1991 auf 93 Milliarden DM 1992 erhöhen. Der dramatische Anstieg der Zinsausgaben um jährlich knapp zehn Milliarden DM zehrt die Handlungsspielräume in den öffentlichen Haushalten zunehmend auf und unterstreicht, daß Schuldenmacherei die teuerste Art der Finanzierung ist. Allein für die Finanzierung der 95 Milliarden DM Schulden des Fonds Deutsche Einheit müssen nach den am 20. Juni 1990 vorgelegten Berechnungen des BMF bei einem angenommenen Zinssatz von durchschnittlich neun Prozent insgesamt 280,3 Milliarden DM in 31 Jahren zurückgezahlt werden.

Diese besorgniserregende Entwicklung macht deutlich: Die deutsche Einheit braucht ein solides Finanzierungs-konzept. Die wahltaktisch motivierte Verschleiерungsstrategie der Bundesregierung führt finanzpolitisch in die Sackgasse. Wer die Vereinigung solide und sozial gerecht bewältigen will, darf sich um die Frage der Kosten und wie sie möglichst weitgehend durch Einsparungen und Umschichtungen gedeckt werden können, nicht länger herumdrücken.

Die Vorschläge der SPD, bis 1994 mindestens 30 Milliarden DM im Verteidigungshaushalt zu kürzen, 50 Milliarden DM durch den Verzicht auf die Unternehmenssteuersenkung in den Jahren 1993 und 1994 einzusparen, Steuerpräferenzen zugunsten der DDR umzuwidmen und die enormen Parteivermögen der PDS wie der Blockparteien freizugeben und zugunsten der Menschen in der DDR einzusetzen, denen sie gestohlen wurden, liegen auf dem Tisch. Die Bundesregierung muß sich endlich ihrer Verantwortung stellen und darf sich nicht länger auf Kosten der Menschen hinter fadenscheinigen Argumenten verstecken.

Verschuldung der öffentlichen Haushalte

Milliarden DM	1990	1991	Bemerkungen
1. Bisher geplante Kreditaufnahme			
- Bund	31,0	31,5	Haushaltsentwurf 91, am 9.8. zurückgezogen
- Länder	18,5	16,5	Finanzplanungsrat Ende Mai 1990
- Gemeinden	0,5	0,5	dito
- DDR-Staatshaushalt	10,0	14,0	Art. 27 Abs.1 Staatsvertrag vom 18.5.90
- Treuhandanstalt	7,0	10,0	dito
- Fonds "Deutsche Einheit"	20,0	31	
zusammen	87,0	103,5	
2. Bahn und Post			
	10,0	15,0	1991: Schätzung des Mehrbedarfs für deutsche Einheit
3. Zusätzl. Kreditbedarf			
- Nachtragshaushalt 1990	12,0		
- abzügl. Steuermehereinnahmen	-3,0		Bundesanteil bei 1 % zusätzl. BSP
- Haushalt 1991		22,7	Forschungsinstitut beim WdF
- abzügl. Steuermehereinnahmen		-6,0	Bundesanteil bei 1% zusätzl. BSP im 2. Jahr
zusammen	9,0	16,7	
Kreditaufnahme 1-3 zus.	106,0	136,0	